

An die  
Mitglieder des Schulausschusses der  
Hamburger Bürgerschaft

und an die  
Fraktionsvorsitze von SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP

Sprecher\*innen der Vereinigung  
Mathias Morgenroth-Marwedel  
Thimo Witting  
Dorothee Wohlers

31.03.2021

**Sehr geehrte Mitglieder im Schulausschuss der Hamburger Bürgerschaft,  
sehr geehrte Fraktionsvorsitze von SPD, Grüne, CDU, Linke und FDP in der Hamburger  
Bürgerschaft,**

neben aktuellen Fragen zur „Schule in Pandemiezeiten“ möchten wir mit diesem Schreiben eine aus unserer Sicht notwendige, zeitnahe und umfängliche Beratung anstoßen, die Perspektiven und Schlussfolgerungen in Hamburg aus den bisherigen Erfahrungen der Corona-Krise in den Fokus nimmt. Unser Hauptziel ist es dabei, Maßnahmen und Perspektiven zu erarbeiten, die die Schüler\*innen langfristig und nachhaltig, z.B. in den nächsten drei Jahren unterstützen. Damit sollen durch die Pandemie entstandene Bildungsbenachteiligungen ausgeglichen werden und zugleich die Schüler\*innen auf eine Welt der Digitalität noch besser vorbereitet werden.

**Die Erfahrungen in der Corona-Krise machen aus unserer Sicht drei Aspekte deutlich, die für die zukünftige Gestaltung von Schule bedeutungsvoll sind:**

- Hamburgs Schulen sind im Leben der Kinder- und Jugendlichen außerhalb ihrer Familien der wichtigste Ort, an dem sie Fürsorge, Halt, Struktur und Bildung erfahren.
- Es geht jetzt mehr denn je um die Befähigung der Kinder- und Jugendlichen, kompetent und wissenshungrig die eigenen Potentiale in der Schule zu entfalten, um sich in der Welt von morgen zurechtzufinden und um diese zukünftige Welt aktiv gestalten zu können.
- Die in dieser Krise sichtbar gewordene und beschleunigte Digitalität unserer Gesellschaft macht spätestens jetzt deutlich, dass es in der Schule nicht mehr um die Vermittlung einer vom Staat definierten Menge von Wissen gehen kann.

Wir möchten Ihnen aus dieser Analyse heraus insgesamt zwei große Linien aufzeigen, an derer entlang sich aus unserer Sicht die jetzt notwendigen Maßnahmen und Perspektiven orientieren sollten.

- Dies sind pädagogische Weichenstellungen, die aus unserer Sicht mit den Erfahrungen der Corona-Krise neu bewertet werden sollten, sowie
- Entlastungen und Unterstützungen für die Schüler\*innen in den nächsten drei Jahren, um die Folgen der Corona-Krise perspektivisch und nachhaltig aufzufangen.

### Die vereinbarten Maßnahmen des Schulstrukturfriedens bedürfen einer Neubewertung

Für uns ist die in der Bürgerschaft und im Schulausschuss aktuell zu beratende Drucksache 22/3584 „Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 25. September 2019 „Rahmenvereinbarungen zur Sicherung des Schulstrukturfriedens“ (Drucksache 21/18362) – 1. Umsetzungsbericht und Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes“ der Anlass, die dort entwickelten Ansätze durch die Erfahrungen der Pandemie zu erweitern und neu zu bewerten.

- **Bildungspläne als Ausdruck einer inklusiven Gesellschaft der Digitalität**  
Mit den Erkenntnissen der Corona-Krise benötigen wir jetzt Bildungspläne, die an die Erfordernisse einer inklusiven Gesellschaft der Digitalität angepasst werden. Für die Bildung, das Lernen und die Leistung der Schüler\*innen während der Pandemie sind die Aspekte Selbstwirksamkeit, Selbstständigkeit, Lebensweltbezug, Interesse, Neigung und Forschergeist in besonderer Weise neu bedeutsam geworden. Der im Schulstrukturfrieden eingeschlagene Weg, zu „erlernendes Wissen“ noch detaillierter in sogenannten Kern-Curricular aufzuschreiben und festzulegen, scheint uns daher für die Bildung der Schüler\*innen nicht mehr passend zu sein.
- **Selbstständiges und kollaboratives Lernen in der Profil-Oberstufe stärken**  
Was für die Bildungspläne aller Schulformen und -stufen gilt, ist für das Lernen in der Oberstufe ebenfalls neu zu bewerten. Die Corona-Krise hat insbesondere hier das Lernen an relevanten, oftmals eigenen Themen in einem hohen Grad an Selbstständigkeit, Kollaboration und Kooperation sowie mit starkem Projektcharakter gekennzeichnet. Die im Schulstrukturfrieden sowie in den Verabredungen der KMK festgeschriebene Fächerorientierung, Belegerweiterung sowie Beleg- und Stundenfestschreibung wird diesem, selbstständigen und an Interessen und Neigungen orientierten Lernen in Profilen nicht mehr gerecht und sollte angesichts der bisherigen Erfahrungen während der Pandemie neu bewertet werden.
- **Die Aktualisierung des Sozialindex um den Faktor „Wirksamkeit“ erweitern**  
Es ist aus unserer Sicht richtig und wurde seit langem erwartet, den Sozialindex zu überarbeiten und eine Neubewertung der Schulstandorte vorzunehmen, um Schulen in schwierigen Lagen zu identifizieren und zu unterstützen. Daher ist der gewählte Ansatz, die zur Verfügung stehenden Mittel nicht mit der Gießkanne sondern nach Standort-Bedingungen zu verteilen, sinnvoll. Allerdings sehen wir in der Neubewertung an sich nur den ersten Schritt, dieser muss, um wirklich wirksam werden zu können, erweitert werden:  
Es muss jetzt eine fachliche Bewertung dessen erfolgen, was eine Schule mit niedrigem Sozialindex tatsächlich benötigt, um die strukturell bedingten

Bildungs Nachteile ausgleichen zu können. Dieser Bedarf muss durch die notwendigen Mittel und einen Kraftakt der Bürgerschaft zur Verfügung gestellt werden. Diese Investitionen sind gerade jetzt notwendig, um die noch deutlicher sichtbar gewordenen Bildungsungerechtigkeiten zu überwinden.

### **Die Schüler\*innen müssen in den nächsten drei Jahren entlastet und unterstützt werden**

Wir sprechen uns dafür aus, dass die Bürgerschaft in dieser Situation ihre Bemühungen darauf ausrichtet und bündelt, die Schüler\*innen in den nächsten drei Jahren langfristig zu entlasten und zu unterstützen. Wir sprechen uns sehr dafür aus, alle Maßnahmen in den Schulen und während des Schultages zu bündeln.

- **Wir erachten es als notwendig, die bisher vorgenommenen, verantwortbaren inhaltlichen Entlastungen bei Prüfungen, Lernerfolgskontrollen und inhaltlichen Schwerpunktsetzungen in den nächsten drei Jahren fortzusetzen:**
  - Streichung der zentralen (hamburgischen) ESA-Prüfungen für die nächsten drei Jahre
  - Halbierung der MSA-Prüfungen für die nächsten drei Jahre
  - Erhalt größerer Wahlmöglichkeiten im Abitur für die nächsten drei Jahre
  - noch größere Flexibilisierung von Lernerfolgskontrollen (der Zeit angemessene Alternativen zur klassischen Klassenarbeit)
  - weitere Wahlmöglichkeiten oder Schwerpunktsetzungen in den Bildungsplänen für die nächsten drei Jahre
  
- **Wir sprechen uns für deutlich mehr Zeit für eine fachgerechte Lernbegleitung der Schüler\*innen in den nächsten drei Jahren aus.**
  - Senken der Basisfrequenz, damit pro Schüler\*in mehr pädagogische Ressourcen im Regelunterricht zur Verfügung zu stehen
  - Einführung von zwei zusätzlichen Lernentwicklungsgesprächen im Beisein der Eltern: Pro Schüler sollte den Schulen insgesamt eine Stunde pro Jahr zusätzlich zur Verfügung gestellt werden
  - verbindliches Einführen von pädagogischen Teamzeiten für jede Klasse, so dass die Lernberatung und -begleitung im Team entwickelt und koordiniert werden kann. Wir schlagen, ähnlich wie zur Einführung der Inklusion, vier Zeitstunden pro Klasse und pro Woche vor
  - um den jetzt schon sichtbaren und in den nächsten drei Jahren zu erwartenden hohen sozialen und pädagogischen Beratungsbedarf abzusichern, sollte eine Erhöhung der Ressource für „Schulsozialarbeit“ erfolgen

- Wir beobachten aktuell erhöhte seelische und schwere psychische Belastungen der Schüler\*innen, weshalb auch wieder Stellen für Schulpsycholog\*innen an jeder Schule eingerichtet werden sollten
- **Der weitere Weg zu einer inklusiven Welt der Digitalität erfordert es, dass auch die weitere Schul- und Unterrichtsentwicklung darauf ausgerichtet wird. Hierfür bedarf es entsprechender zusätzlicher Zeit für die schulinterne pädagogische Fortbildung.**
  - Wir erachten zwei zusätzliche Tage je Schuljahr für schulinterne pädagogische Entwicklungsvorhaben hierfür als notwendig
- **Die angestoßenen Maßnahmen zur Erweiterung der technischen Ausstattung der Schulen sollten weiter verfolgt und intensiviert werden. Es hat sich als positiv herausgestellt, auch Bundesmittel in den Schulen verwenden zu können. Damit wurden wirtschaftlich-soziale Ungleichheiten im ersten Schritt teilweise aufgefangen. Wir sehen Intensivierungen in folgenden Bereichen:**
  - Für jedes Kind sollte ein digitales Endgerät in der Schule zur Verfügung stehen
  - Die Zuweisungen für Softwarepakete sollten erhöht werden oder es sollten „Hamburg-Pakete“ abgeschlossen werden
  - Es sollten Administratorenstellen pro Schule und/oder Rahmenverträge für die IT-Dienstleistungen und finanzielle Zuweisungen eingerichtet bzw. erstellt werden, um diese in Anspruch nehmen zu können

Sehr geehrte Mitglieder im Schulausschuss, sehr geehrte Fraktionsvorsitze, wir bitten Sie darum, parteiübergreifend in die Beratung über die Auswirkungen der Pandemie auf das Schulwesen in Hamburg einzutreten.

Sehr gern stehen wir Ihnen mit unserer Perspektive und unseren Erfahrungen aus den Hamburger Stadtteilschulen sowohl im Schulausschuss als auch in den Fraktionen für Beratungen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

die Sprecher\*innen der Vereinigung der Schulleiter\*innen  
der Hamburger Stadtteilschulen in der GGG

Mathias Morgenroth-Marwedel (E-Mail: [morgenroth-marwedel@gmx.de](mailto:morgenroth-marwedel@gmx.de))

Thimo Witting (E-Mail: [thimo.witting@gmail.com](mailto:thimo.witting@gmail.com))

Dorothee Wohlers (E-Mail: [dorothee.wohlers@hamburg.de](mailto:dorothee.wohlers@hamburg.de))